

Im Überblick ...

Zusammengestellt von Jürgen Clemens

Shaukat Aziz neuer Premierminister

Zafarullah Khan Jamali, der im Dezember 2002 gewählte Premierminister, trat am 26. Juni 2004 nach einem Treffen mit Präsident Musharraf von seinem Amt zurück. Für diesen von Musharraf eingeleiteten Rücktritt werden in Presseberichten neben dem Vorwurf der Ineffizienz vor allem parteiinterne Gründe innerhalb der PML vermutet - offizielle Begründungen wurden aber nicht bekannt. Allerdings hatte er den Parteipräsidenten der PML, Chaudhry Shujat Hussain, als Nachfolger vorgeschlagen, um solche Gerüchte zu dementieren. Nach Presseberichten wurde Jamali aber von keiner Seite zum Durchhalten ermuntert oder aufgefordert. Die Bekanntgabe des Rücktritts erfolgte auf einer PML-Fraktionssitzung, zeitgleich mit dem bilateralen Außenministergespräch in Indien und nach mehrwöchigen Spekulationen in der Presse.

Die Oppositionsparteien blieben wegen eines Gegenkandidaten gespalten - einzig die PPP als größte Oppositionspartei stell-

te einen eigenen Kandidaten zur Wahl.

Nach der am 29. Juni 2004 erfolgten Wahl in der Nationalversammlung mit 190 von 342 Stimmen und dem anschließenden Amtseid vor Präsident Musharraf - zusammen mit dem 27-köpfigen Kabinett - galt es bereits als unwahrscheinlich, daß Hussain das Amt als Premierminister bis zum Ende der Legislaturperiode ausüben würde. Er erfülle nur einen Auftrag von Präsident Musharraf, der einen fähigen Wirtschaftspolitiker im Amt sehen möchte - so Presseberichte, die darin einen weiteren Beleg für die „kontrollierte Demokratie“ Pakistans sahen.

Ende August wurde denn auch der bisherige Finanzminister Shaukat Aziz, ein Musharraf-Intimus, zum Premier gewählt. Die Opposition boykottierte seine Wahl. Shaukat Aziz führt auch das Finanzressort weiter. Ansonsten enthält seine am 3. September vorgestellte Kabinettsliste nur kleine Revirements gegenüber der Regierung von Chaudhry Shujat Hussain: So übernahm Aftab Ahmed Khan

Sherpao den Posten des Innenministers von Faisal Salkeh Hayat. Sherpao, ein Paschtune aus der Nordwest-Grenzprovinz, war zuvor Wasser- und Energieminister gewesen. Hayat wird neuer Minister für Kashmirangelegenheiten. Außenminister bleibt Khurshid Mehmood Kasuri.

Shaukat Aziz werden Verdienste für die wirtschaftliche Erholung Pakistans in den letzten Jahren zugeschrieben. Der Banker, der lange für *Citibank* auch in den USA arbeitete, gilt allgemein auch als pro-amerikanisch. Da Shaukat Aziz kein - wie verfassungsgemäß für den Premierminister vorgesehen - Parlamentsmandat innehatte und erst auf eine Nachwahl warten mußte, war die Zwischenlösung mit Chaudhry Shujat Hussain nötig geworden. Während des Wahlkampfes für sein Parlamentsmandat wurde auf Shaukat Aziz ein spektakulärer Attentatsversuch unternommen, den er nur knapp überlebte.

Test ballistischer Raketen

Innerhalb einer Woche führte Pakistan zwei ballistische Raketentests der *Ghauri*-Serie durch. Der erste Test Ende Mai 2004, nur einen Tag nach dem Jahrestag der pakistanischen Atombombentests von 1998, galt der Mittelstreckenrakete *Haf V*. Dieser Test über eine Strecke von rund 900 Kilometern fand unter Beteiligung von Premierminister Jamali und hochrangigen Armeeführern statt. Beim zweiten Test einer *Haf V*-Rakete traf diese, von einer unbekanntenen Abschußbasis ausgehend, ihr Ziel nach 1.500 Kilometern. Nach Presseberichten hatte die pakistanische Regierung Indien zuvor über die Tests unterrichtet. Sie gelten nach pakistanischer Lesart als regelmäßige Tests zur Verbesserung der Waffentechnik und nicht als Bedrohung des Nachbarstaates.

Senat ratifiziert *National Security Council* (NSC)

Mit der Abstimmung über ein neues Gesetz wurde erstmalig in der pakistanischen Geschichte durch ein ziviles Gremium die politische Rolle der Armee formell durch die Einrichtung des *National Security Council* beschlossen. In diesem dreizehnköpfigen Sicherheitsrat unter Vorsitz von Präsident Musharraf werden vier ranghohe Militärs offiziell als Berater der Regierung in Sicherheitsfragen und wichtigen nationalen Angelegenheiten fungieren.

Oppositionspolitiker kritisierten das Gesetz als Festschreibung des Kriegsrechts. Frühere Parlamentsmehrheiten

hatten ähnliche Anträge mit der Begründung abgelehnt, daß die Beteiligung des Militärs an der Regierung das eigentliche politische Problem und nicht dessen Lösung sei.

Als politischen Preis für die Zustimmung der islamistischen Parteien war Präsident Musharraf zur Zusage gezwungen worden, noch in diesem Jahr von seinem Amt als Armeeführer zurückzutreten. Diese Entscheidung stellte er aber bald danach wieder in Frage. Angeblich sollen ihn führende Parteipolitiker der Regierungsfaktionen explizit aufgefordert haben, beide Ämter weiter wahrzunehmen.

... Im Überblick ...

Verbesserte Atomwaffenkontrolle

Als Reaktion auf eine UN-Resolution sowie auf die Enthüllung illegaler Exporte von Atomwaffentechnologie und *Know-how* an Nordkorea, Libyen und Iran erließ die pakistanische Regierung Anfang Mai 2004 ein neues Gesetz. Dies sieht eine Gefängnisstrafe von bis zu 14 Jahren sowie eine Geldstrafe von bis zu 285.000 US-Dollar vor. Beobachter erwarten, daß dieses Gesetz ohne weiteres auch vom Parlament ratifiziert wird.

Abdul Qadeer Khan, der „Vater der pakistanischen Atombombe“, wurde im Frühjahr 2004 nach seinem Geständnis, an Proliferationsaktivitäten beteiligt gewesen zu sein, seines Amtes enthoben. Später wurde er dann von Präsident Musharraf begnadigt und unter Hausarrest gestellt. Er bleibt aber weiter unter Beobachtung der Sicherheitskräfte und muß noch das förmliche Justizverfahren abwarten.

Wiederaufnahme ins Commonwealth

Nach fast fünfjährigem Ausschluß wurde Pakistan Mitte Mai 2004 durch die neunköpfige *Commonwealth Ministerial Action Group*, in der zur Zeit auch Indien vertreten ist, wieder in den Verbund der mit dem britischen Königreich verbundenen Staaten aufgenommen. Der Ausschluß war nach dem Putsch durch General Musharraf im Oktober 1999 erfolgt. Nach in Presseberichten zitierten Aussage von Diplomaten sollte mit der Wiederaufnahme (auf Initiative Großbritanniens und Australiens) Pakistans Unterstützung im Kampf gegen *al-Qaida* belohnt werden. Diese Entscheidung wurde aber an weitere Verbesserungen bei der Demokratisierung des Landes sowie an die Aufforderung an Präsident Musharraf geknüpft, noch in diesem Jahr von seinen Armeeamtern zurückzutreten.

Pakistanisch-indische Gesprächsrunden

Als Fortsetzung der in Presseberichten als beiderseitige Friedensinitiative von Präsident Musharraf und Premierminister Vajpayee bezeichneten zwischenstaatlichen Annäherung im vergangenen Jahr sowie der Gespräche anlässlich des Gipfeltreffens des südasiatischen Kooperationsrates SAARC vom Januar 2004 in Islamabad fanden in diesem Sommer mehrere diplomatische Gespräche zwischen Indien und Pakistan statt. Die in Islamabad für frühere Termine vorgesehenen Gespräche waren auf Bitten der neu gewählten indischen Regierung verschoben worden.

Bei zweitägigen Gesprächen in Delhi wurde Ende Juni die Einrichtung einer zusätzlichen Telefondirektion zwischen den beiden Außenministerien beschlossen, um im Fall eines Raketen- oder Atomwaffenunfalls das Nachbarland frühzeitig warnen zu können. Die schon bestehende Direktion der Militärs soll

zudem aufgewertet werden. Gleichzeitig wurde ein beiderseitiges Atomwaffentestmoratorium erneuert. Hierbei behält sich aber jede Seite für den Fall ernsthafter Sicherheitsbedenken eine Rückzugsoption offen. Schon vor drei Jahren verständigten sich beide Staaten darauf, sich gegenseitig vor geplanten Raketentests zu informieren.

Unmittelbar nach dieser Delhi-Gesprächsrunde trafen die beiden Außenminister am Rand einer Regionalkonferenz in China zu einem ersten gemeinsamen Treffen zusammen. Die Gesprächsatmosphäre bezeichneten beiden Seiten im Anschluß als „warm und produktiv“. Der indische Außenminister Natwar Singh betonte hierbei, daß die neue Regierung die Friedensinitiative Vajpayees noch intensivieren wolle.

Neuer Oppositionsführer bestimmt

Chaudhary Amir Hussain, der Präsident der Nationalversammlung, hat mit dem Anführer der islamistischen *Muttahida Majlis-e-Amal* (MMA) und Pro-Taliban-Politiker Maulana Fazlur Rehman erst nach zwanzigmonatigen Beratungen den offiziellen Oppositionsführer benannt. Damit wurde durch die Musharraf-nahe Regierung in einem geschickten Schachzug die Stellung der *Pakistan People's Party* (PPP) geschwächt. Deren Kandidat Makhdoom Amin Fahim besaß die Unterstützung von 80 Oppositionspolitikern, während die MMA nur 60 Mandatsträger hinter sich scharen konnte. Amir Hussain begründete die Entscheidung damit, daß die MMA als einzelne Partei die größte Anzahl an Mandaten aufweise. Die übrigen Oppositionsparteien sehen in der Ernennung Fazlur Rehmans dagegen eine Belohnung der MMA für ihre Regierungsnähe.

Shahbaz Sharif bei Rückkehr aus Exil verbannt

Bei der Rückkehr aus London von Shahbaz Sharif, dem Bruder des Ex-Premierministers Nawaz Sharif und früheren Ministerpräsidenten des Punjab, wurde der Exilführer des Nawaz-Flügels der *Pakistan Muslim League* (PML-N) am Flughafen von Lahore festgesetzt und zwei Stunden später mit einem Flugzeug nach Saudi-Arabien abgeschoben. Kurz zuvor hatte ein Gericht entschieden, daß der Rückkehr des Politikers kein juristischer Grund entgegenstehe. Shahbaz hatte seine Rückkehr als Lackmestest für die Demokratisierung des Landes bezeichnet. Beobachter werten seine erneute Abschiebung denn auch als undemokratisches Manöver der Militärs, um den Spielraum der Opposition einzuschränken.

... Im Überblick ...

Armeekomplott gegen Musharraf?

Nach Berichten in einem privaten pakistanischen TV-Kanal geht die Armeeführung um Präsident Musharraf davon aus, daß die beiden Bombenattentate auf den Präsidentenkonvoi in Rawalpindi vom Dezember 2003 von jüngeren Armeegehörigen geplant und durchgeführt wurden. Etwa zehn Verdächtige wurden nach Presseberichten verhört. Dennoch ist sich Musharraf weiterhin sicher, daß *Al-Qaida* im Hintergrund auch die Fäden dieser Attentate gezogen habe und daß dies keine Gehorsamverweigerung der Armee als Ganzes bedeutete.

Nationalversammlung verabschiedet Haushalt

Ohne Ergänzungen wurde der Haushaltsentwurf der Regierung mit einem Volumen von mehr als 15,5 Milliarden US-Dollar von der Nationalversammlung am 24. Juni 2004 verabschiedet - allerdings nahm die Opposition demonstrativ nicht an der Abstimmung teil. In diesem Haushalt ist ein siebenprozentiger Anstieg der Verteidigungsausgaben enthalten.

Al-Qaida-Gruppe in Karachi verhaftet

Nach einem Attentat auf einen Armeegeneral wurde in Karachi Anfang Juni bei zeitgleichen Razzien eine Gruppe von acht ausländischen *al-Qaida*-Kämpfern als Tatverdächtige verhaftet. Bei dem Hinterhalt für den Konvoi von General Saleen Hayat im Geschäftsviertel von Clifton kamen elf Menschen ums Leben, doch der General konnte unverletzt entkommen. Nach Presseberichten wurde der Konvoi aus zwei Richtungen beschossen. Regierungssprecher bezeichneten die Verhafteten als Tschetschenen und Usbeken, die zuvor in Süd-Waziristan in *al-Qaida*-Lagern ausgebildet worden seien.

Oppositionspolitiker zu langjähriger Haft verurteilt

Der im vergangenen Jahr wegen eines kritischen Briefes zu Musharrafs Politik verhaftete Führer des oppositionellen Parteienbündnisses *Alliance for the Restoration of Democracy* (ARD), Javed Hashmi, ist von einem Gericht zu insgesamt 23 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Ihm wird ein Meutereiaufruf in der Armee zur Last gelegt. Nach Presseberichten wird er eventuell jedoch nur sieben Jahre davon im Gefängnis verbringen müssen. Gegen dieses Gerichtsurteil soll, so ein Anwalt Hashmis, Berufung eingelegt werden, da er unschuldig sei und die Gerichte Handlanger Musharrafs seien. Auch international wurde das Urteil heftig kritisiert. Ein Kommentar des *US State Department* zur mangelnden Transparenz bei diesem Verfahren wurde vom pakistanischen Außenministerium offiziell als unzulässige Einmischung in interne Angelegenheiten bezeichnet.

Flugplatz in Sui beschossen

Bei einem erneuten Angriff auf Gasfelder und -förderanlagen in Beluchisten (zu früheren Attentaten siehe SÜDASIEN 2003/1) wurde Mitte Juni 2004 der vom staatlichen Gasunternehmen *Pakistan Petroleum* unterhaltene Flugplatz in der Stadt Sui mit 20 Raketen beschossen. Nach Korrespondentenberichten liegt die lokale Stammesbevölkerung mit dem Unternehmen in einem noch ungeklärten Streit über die Abgaben auf die Gasförderung. Bei diesem jüngsten Vorfall wehrte das paramilitärische *Frontier Corps* zunächst einen Schußwaffenangriff auf den Flughafen ab. Bei dem nachfolgenden Raketenangriff wurde das Abfertigungsgebäude jedoch vollständig zerstört.

Bombenanschlag auf chinesischen Baurupp in Gwadar

Auf ein Fahrzeug der beim Bau des Überseehafens in Gwadar in Südbeluchistan beschäftigten Chinesen wurde Anfang Mai per ferngesteuerter Autobombe ein Anschlag verübt, bei dem drei Chinesen getötet und insgesamt elf Menschen verletzt wurden. Somit sind erstmals seit dem Anschlag auf französische U-Boot-Techniker in Karachi im Sommer 2002 wieder Ausländer einem gezielten Anschlag zum Opfer gefallen. Behördensprecher gehen davon aus, daß der sorgfältig geplante Anschlag von Beluchen ausgeführt wurde, die gegen das Hafenprojekt und gegen die Beschäftigung zahlreicher Ausländern opponieren. In dem chinesischen Baulager arbeiten rund 400 Chinesen. Bald nach der Tat wurden 16 Verdächtige, überwiegend Beluchen, verhaftet und die Sicherheitsvorkehrungen für die Chinesen verstärkt.

Indische Cricket-Tournee in Pakistan erfolgreich

Die seit 15 Jahren erste Serie von Freundschaftsspielen der indischen Cricket-Nationalmannschaft endete im April 2004 für Indien mit einem sportlichen und für den pakistanischen Cricket-Bund mit einem finanziellen sowie letztlich für beide Länder mit einem diplomatischen Erfolg. Indien konnte erstmals eine solche Serie in Pakistan gewinnen, und die Mannschaft wurde bei ihrer Rückkehr frenetisch gefeiert. Noch für Ende 2004 sind weitere Länderspiele in Indien und Pakistan geplant sowie 2005 eine Tournee des pakistanischen Teams im Nachbarland.

... Im Überblick

Wiederaufflammen kommunalistischer Gewalt

Mindestens 23 Todesopfer und mehr als 40 Verletzte forderte ein Bombenanschlag auf eine schiitische Moschee am 31. Mai 2004 in der südpakistanischen Metropole Karachi. Nach Presseberichten vermuten Regierungssprecher einen religiösen Konflikt zwischen sunnitischen und schiitischen Extremisten. Anlaß zu dieser Vermutung bot die Ermordung des bekannten sunnitischen Geistlichen Mufti Nizamuddin Shamzai in seinem Auto durch unbekannte Schützen nur wenige Tage vor dem Moscheeanschlag. Daraufhin wurden die Sicherheitsmaßnahmen insbesondere für schiitische Einrichtungen verstärkt. Schon drei Wochen zuvor hatte ein als schiitischer Geistlicher verkleideter Selbstmordattentäter beim Anschlag auf eine schiitische Moschee in Karachi 15 Menschen getötet und mehr als 100 verletzt. Zuvor wurden Anfang März in Quetta, der Hauptstadt Belutschistans bei einem Attentat von Sunniten auf eine schiitische Prozession mehr als 40 Menschen getötet und rund 150 verletzt. Eine Woche später wurde in Lahore eine sechsköpfige Schiitenfamilie bei einem mutmaßlich religiös motivierten Anschlag ermordet.

Bei Demonstrationen anlässlich des Begräbniszuges der schiitischen Todesopfer des Anschlages in Karachi kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit Sicherheitskräften und weiteren drei Toten. Insgesamt wurden mehrere tausend Sicherheitskräfte von Polizei und paramilitärischen Verbänden in höchste Alarmbereitschaft versetzt.

Dieser seit 1984 folgenreichste Anschlag wird von der Polizei als Terrorkrieg zwischen Militanten und den Sicherheitskräften bezeichnet. Der bekannte Schiitenführer Hassan Turabi geht nicht davon aus, daß es einen wirklichen Konflikt zwischen seiner Gruppe und den Sunniten gebe. In seinem Aufruf zur Beruhigung der Gemüter führte er den

Anschlag als einen von außen unternommenen Versuch an, Zwietracht zwischen die beiden Glaubenrichtungen zu säen.

Die Zuspitzung in Karachi hat allein im Mai diesen Jahres 50 Todesopfer gefordert, während dem Sunniten-Schiitenkonflikt in den vergangenen 15 Jahren rund 4.000 Todesopfer zugeschrieben werden. Als unmittelbare Reaktion der Regierung wurden der Polizeichef Karachis und zwei Polizeiführer in Stadtteilen Karachis versetzt. Den Anschlägen und Protesten in der Hafenstadt Karachi folgten Aufrufe zum Generalstreik durch mehrere extremistische Islamistenparteien, welche nahezu vollständig befolgt wurden. So blieb auch die Börse Karachis zwischenzeitlich geschlossen.

Auch in den von Karachi räumlich weit entfernten *Northern Areas* von Pakistans kam es zu gewaltsamen Protesten im Zuge von schiitischen Demonstrationen. So wurde in Gilgit, dem Verwaltungssitz der Nordregion, Anfang Juni eine mehrtägige Ausgangssperre verhängt, nachdem der Polizeiposten vor dem lokalen Radiosender überfallen worden war. Die schiitischen Proteste setzen sich nach Presseberichten unter anderem für Änderungen in den Religionsschulbüchern ein, welche von Sunniten wiederum abgelehnt werden. Die Ausgangssperre innerhalb der Stadt wurde von schiitischen Bewohnern aus Nachbardörfern unterlaufen - deren Protestmarsch wurde aber durch Sicherheitskräfte am Stadtrand Gilgits gewaltsam gestoppt. Dabei kam ein Demonstrant ums Leben. Daneben protestierten Schiiten auch im benachbarten Hunzagebiet und plünderten unter anderem ein staatlich geführtes Hotel. Zudem wurde auch der *Karakoram Highway* nach China von demonstrierenden Schiiten blockiert. Im pakistanischen Norden stellen Schiiten, anders als in Gesamtpakistan, die Bevölkerungsmehrheit.

Vertrag mit China über neues Atomkraftwerk

Nach einem im Mai 2004 unterzeichneten bilateralen Vertrag wird bis zum Jahr 2010 bei Chasma nahe des bestehenden Atomkraftwerkes mit chinesischer Unterstützung ein weiteres Atomkraftwerk mit 300 Megawatt Leistung gebaut werden. Die Kosten werden auf rund 600 Millionen US-Dollar veranschlagt. Nach Presseberichten soll dieses Atomkraftwerk den Standards der *International Atomic Energy Agency* (IAEA) entsprechen.

Todesserie durch vergiftetes Wasser in Hyderabad

Anfang Mai wurden erste Vergiftungsfälle in der sindhischen Millionenstadt Hyderabad bekannt, zu denen bis Ende des Monats zahlreiche Todesfälle hinzukamen. Als Quelle der Vergiftungen wird ein See weiter flußauf unweit des Indus vermutet, wobei die eigentliche Giftquelle aber unbekannt blieb.

In der wiederholt von akuter Trinkwasserknappheit betroffenen Stadt demonstrierten Betroffene immer wieder gegen die Behörden, um eine gesicherte Wasserversorgung einzuklagen.

Bombenattentate nahe des US-Konsulates in Karachi

Bei zwei kurz aufeinanderfolgenden Autobombenattentaten vor dem *Pakistan-American Cultural Centre*, einem Institut für Englischunterricht in unmittelbarer Nähe des US-Generalkonsulates in Karachi, sowie an der Residenz des US-Generalkonsuls wurden Ende Mai 2004 rund 25 Menschen verletzt, darunter zehn Journalisten.